

Gefährliche Schuldenspirale



Von Gerold Bühler
Alt-Nationalrat und
Präsident Economiesuisse

Eine überhöhte Verschuldung, insbesondere in den USA, war die Hauptursache des grössten Wirtschaftseinbruchs der Nachkriegszeit. Die Gesundung der Bankbilanzen und der Budgets der privaten Haushalte drückt seither massiv auf das Wachstum. Seitens der Aufsichtsbehörden sind mittlerweile Schritte eingeleitet worden, um zukünftig solche Exzesse zu vermeiden. Den schwerwiegenden Folgen eines überhöhten Leveraging zum Trotz haben sich im Zusammenhang mit Konjunktur- und Rettungsprogrammen zahlreiche Staaten in eine in Friedenszeiten nie dagewesene Verschuldung gestürzt. Die Frage nach dem Wieviel und den Konsequenzen einer massiven Verschuldung für die langfristige Wirtschaftsentwicklung wird leider erst allmählich ernsthaft diskutiert.

Kurzfristigkeit des Handelns und staatliche Interventionsspirale

Die Ursache der jüngsten Krise liegt in der Kurzfristigkeit des Handelns.

Kurzfristigkeit, zusammen mit einer gefährlichen staatlichen Interventionsspirale, hat leider auch in der Finanzpolitik Einzug gehalten. Es scheint, dass, im Gegensatz zu den grossen Beteuerungen, die Lehren aus der Vergangenheit nicht gezogen werden wollen. Der wieder erwachte Glaube an die Allmacht des Staates blendet ökonomische Zusammenhänge schlichtweg aus. Das Image der rasch möglichen Krisenbewältigung ist mit Blick auf die nächsten Wahltermine im Zentrum des Agierens. Dazu kommt, dass man nur allzuerne durch fragwürdige Angriffe auf Dritte von hausgemachten Fehlern ablenken will. Den Fragen nach dem Übermorgen weicht man vorzugsweise aus.

Auch wenn es unbestritten ist, dass dem Staat, insbesondere in schweren Rezessionen, eine Aufgabe zufällt, so darf deswegen nicht länger eine uferlose Schuldenwirtschaft akzeptiert werden. Zu Recht wird auch in der Wirtschaftspolitik der Aspekt der Nachhaltigkeit hoch gewichtet. Die längerfristige Optik zeigt deutlich auf, dass das Gewährenlassen der Verschuldungsspirale zum Bumerang wird. Da mögen die konjunkturellen Absichten noch so gut sein.

Gravierende Konsequenzen hoher Staatsverschuldung

Der Umstand, dass zahlreiche Länder in den kommenden Jahren eine Verschuldung um oder über 100% ihres Bruttoinlandprodukts aufweisen werden, wird gravierende Konsequenzen haben. Auch ohne einen starken Zinsanstieg wird der Zinsendienst verschiedenenorts bis gegen 20% der Staatseinnahmen verschlingen. Das heisst, dass im Staatshaushalt immer weniger Platz für die Finanzierung zukunftsorientierter Aufgaben besteht. Dies wiederum wird die Wettbewerbsfähigkeit und somit auch das Wachstum einiger Volkswirtschaften erheblich beschneiden.

Der überraschend deutliche Renditeanstieg für Staatsobligationen hat bereits die Grenzen der öffentlichen Verschuldung aufgezeigt. Es kann kein Zweifel bestehen, dass die Schuldenslawine von heute übermorgen in höhere Zinsen und Steuern münden wird. Darüber hinaus werden auch Ängste vor einer «Weginflationierung» der Schulden geschürt. Gerade eine offene Volkswirtschaft wie die Schweiz tut daher gut daran, der finanzpolitischen Solidität und der steuerlichen Attraktivität Sorge zu tragen. Eine Erosion dieser Standortvorteile hätte längerfristig erhebliche negative Effekte zur Folge.

Problematische Stützung privater Unternehmen durch den Staat

Problematisch ist nebst den traditionellen milliarden schweren Konjunkturprogrammen aber auch die unter dem rechtfertigenden Titel der volkswirtschaftlichen Bedeutung angekehrte Stützung privater Unternehmen durch den Staat. Der massive Einsatz von Steuergeldern wird nämlich den innenpolitischen Druck, Märkte abzuschotten, verstärken. Die für das Wachstum bedeutende internationale Handelsliberalisierung wird somit über die finanzpolitische Problematik hinaus ebenfalls früher oder später unter den rekordhohen Staatsengagements leiden.

Langfristige Folgen expansiver Fiskalpolitik

Bezüglich Konjunkturprogrammen und der Stützung von Unternehmen ist die Büchse der Pandora bereits weit geöffnet worden. Gefährliche Illusionen sind geweckt worden. Nachdem überhöhtes Leveraging, vorab im Immobiliensektor, über die dadurch ausgelösten Turbulenzen im Finanzsystem zu einer massiven wirtschaftlichen Schrumpfung geführt hat, müssen in der Finanzpolitik die langfristigen Folgen der massiv expansiven Fiskalpolitik endlich ebenfalls ernsthaft bedacht und berücksichtigt werden.

www.economiesuisse.ch ●